

Antrag

**des Abg. Daniel Born u. a. SPD und
des Abg. Dennis Birnstock u. a. FDP/DVP**

Realistische Datenerfassung der Personalsituation in den baden-württembergischen Kinderbetreuungseinrichtungen sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie die unverzüglichen Personalmeldungen, die beim Kommunalverband Jugend und Soziales (KVJS) eingehen, konkret erfasst werden (bitte aufgeschlüsselt nach ggf. vorhandenen einheitlichen Parametern zur Erfassung und der Art und Weise der Evaluation der vorhandenen Daten);
2. wie sie den Datenaustausch zwischen KVJS und Kultusministerium bezüglich der Personalstatistik unter der Darstellung bewertet, welche Verbesserungspotenziale sie dabei sieht, auf welcher rechtlichen Grundlage dies passiert bzw. welche rechtliche Grundlage hierzu fehlt und welche möglichen Planungen es hierzu gibt;
3. wie sie die Umfrageergebnisse des Kita-Fachkräfteverbands bewertet, wonach unverzügliche Personalmeldungen außerhalb der jährlichen statistischen Erhebung im März in zahlreichen Fällen nicht korrekt erfolgen unter besonderer Darstellung der Gründe hierfür und einer Einschätzung zu dem Sachverhalt, dass der KVJS nur dann auf fehlende unverzügliche Personalmeldungen aufmerksam wird, wenn die betroffene Kindertageseinrichtung angibt, keine Maßnahmen getroffen zu haben;
4. in welcher Häufigkeit der KVJS Diskrepanzen zwischen Personalmeldung und tatsächlicher Realität festgestellt hat und ob diese aufgrund von eigenen Erkenntnissen oder Fremdanzeigen festgestellt wurde;
5. welche daraus abgeleiteten Maßnahmen die Landesregierung ergreift, um diesen Missstand zu beheben und verlässlichere Zahlen zu erhalten (bitte aufgeschlüsselt danach, ob es anlassbezogene Kontrollen von Seiten des KVJS gibt und welche Schulungen für diejenigen existieren, die mit der Meldung betraut sind);
6. inwiefern sie es als sinnvoll erachtet bzw. plant, die Umfrage des Fachkräfteverbands landesweit unter wissenschaftlicher Begleitung für den Erhalt repräsentativer Ergebnisse durchzuführen;
7. aus welchen Gründen bei der Übermittlung der statistischen Daten an den KVJS angegeben werden muss, dass die gesetzlich vorgeschriebene pädagogische Leitungszeit in allen Bereichen umgesetzt und Vorgaben bezüglich Weiterbildung erfüllt werden, auch wenn diese Angaben nicht zutreffend sind und somit eine verfälschte Statistik erzeugt wird, da ohne diese Angaben die Übermittlung der statistischen Daten an den KVJS technisch nicht möglich ist;
8. welche Parameter der Anrechnung für Auszubildende, Langzeiterkrankungen, Beschäftigungsverbote, Personal in Elternzeit sowie für Auszubildende der PiA (Praxisintegrierte Ausbildung) vorliegen und inwiefern die Landesregierung eine landesweite Vereinheitlichung der Parameter und deren Anwendung für die Erfassung dieser Personengruppen anstrebt;

9. welche Bedeutung sie dem Umfrageergebnis, wonach Kindertageseinrichtungen teilweise den Mindestpersonalschlüssel lediglich mit Personal ohne pädagogische Qualifikation erreichen, unter besonderer Darstellung der Gründe und der Auswirkungen, beimisst;
10. wie sich die Zahl der pädagogischen Fachkräfte in baden-württembergischen Kindertageseinrichtungen in den vergangenen fünf Jahren insgesamt entwickelt hat (bitte aufgeschlüsselt nach Landkreisen);
11. wie sich die Quote der Erreichung des Personal- und Mindestpersonalschlüssels in den Kindertageseinrichtungen in den vergangenen fünf Jahren insgesamt entwickelt hat (bitte aufgeschlüsselt nach Landkreisen);
12. wie viele Fehltag bei der Berechnung des Mindestpersonalschlüssels zugrunde gelegt werden und inwiefern dies angesichts der überdurchschnittlichen Krankheitsbelastung des pädagogischen Personals (laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung waren Beschäftigte in der Kindertagesbetreuung im Jahr 2023 an durchschnittlich knapp 30 Tagen arbeitsunfähig, gegenüber rund 20 Tagen bei allen Berufsgruppen) als ausreichend beurteilt wird;
13. welche Maßnahmen von Seiten der Träger getroffen werden, wenn der Personalschlüssel unterschritten wird unter besonderer Darstellung, inwiefern eine Pufferzone zwischen dem Personalschlüssel und dem Mindestpersonalschlüssel besteht;
14. welche Maßnahmen sie ergreifen will, um das pädagogische Personal von seinen nicht-pädagogischen Aufgaben zu entlasten, wie z. B. durch die Finanzierung von Hauswirtschafts- oder Verwaltungskräften;
15. wie sie die Forderung des Kita-Fachkräfteverbands, der einen Personalschlüssel fordert, der wissenschaftlich fundiert ist und die fachlichen Erfordernisse wie die Entlastung des pädagogischen Personals durch Hauswirtschafts- oder Verwaltungskräfte abbildet, bewertet.

1.4.2025

Born, Dr. Fulst-Blei, Steinhülb-Joos, Binder, Rolland, Dr. Kliche-Behnke SPD
Birnstock, Dr. Kern, Fink-Trauschel, Dr. Rülke, Haußmann, Bonath, Fischer, Haag, Heitlinger, Hoher,
Dr. Jung, Reith, Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

Eine interne Umfrage des Kita-Fachkräfteverbands hat Hinweise auf Mängel in der bisherigen statistischen Erfassung der Personalsituation sowie dem Umgang mit dem Mindestpersonalschlüssel in den baden-württembergischen Kindertageseinrichtungen zutage gefördert. Die Antragsteller begehren Auskunft darüber, ob zum Zwecke eines validen Ergebnisses die landesweite Durchführung einer repräsentativen Umfrage geplant ist und wie die Landesregierung gedenkt, bei der statistischen Erhebung zur Personalsituation in den baden-württembergischen Kindertageseinrichtungen verlässlichere Zahlen zu erreichen. Dies dient auch dazu, künftige Personalbedarfe genauer einschätzen zu können.